

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesner
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptpostamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circulasse Riesner Nr. 22.

Nr. 60.

Sonnabend, 12. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewehr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Kettenschriftzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraube und tabellarischer Satz 50%, Zuschlag. Stelle Text. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Uchstätige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner. Für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesner.

Volk in Trauer.

Ein großes Volk, noch vor wenigen Jahren eins der mächtigsten der Erde, gedenkt heute in schlichten würdigen Totenfeier seiner Söhne, die dem Ruf seiner Weisheit folgend, ungeachtet der nie erlebten Uebermacht seiner Feinde, vor des Reiches Grenzen eilten und in Waffen zu stehen suchten. Sie haben für das Ideal eines einigen Volkes. Sie wußten nichts von dem Gefühl der Eidenfriede im eigenen Lande, die gerade zu einer Zeit, da unsere Haltung dem Sieger Achtung und ehrenvolle Behandlung hätte abdrängen müssen, der Welt das Bild hemmungslosen Parteilichs, so eines blutigen Bürgerkrieges boten und so dem fröhlichen Segen erst den Weg zu unserer Verklärung wiesen.

Vorbei denkwürdigen die tollste Akeret jener demütigenden Zeit liegt hinter uns. Wir gewonnen Ruhe, an die Verwaltung des Landes zu denken, das unsere Toten dem Vaterlande hinterlassen haben. Das sind und eine Verantwortung auf, die wichtiger war als alles andere, wichtiger als die Verwaltung, die irre und wirre Panik in den Tagen der Revolution im deutschen Hause anrichteten. So tief doppelt Arbeit unser Teil. Aber drücken wir Lebenden uns von den gefallenen Söhnen, also von denen, die für unsere Zukunft haben, beschämen lassen? Es schwören die Mütter und Väter unseres Volkes einen stillen Schwur: Ihre dürfen den schaffenden Wert ihres Lebens nicht anstands auf den Schlachtfeldern dahingeben lassen; es geht in ihrem Gedanken des gerechten Jorns über die weltfremden Torkheiten der eigenen schlagelichten Landsleute zu vergessen, und sich über den Grabern der Gefallenen die Hände zu reichen, zu dem, was uns am meisten nützt: zu erheben, alle politisch sein wollenden Phantazereien absetzender Arbeit.

Ein mächtiger Vermittler ist der Tod.
Da löschten alle Jornsstammen aus,
Der Ruh verführt sich...

So wurde der Gedanke an die Toten des Weltkrieges zur eindringlichen Mahnung. Zum äußeren Zeichen forderte und schuf sich das deutsche Volk seinen Trauertag, der diesmal, festlich, mit dem Ende der Wiener Wahlen zusammenfällt — ein Zeichen, wenn man will. Der alle Einsichtigen im Lande verleihten Mangel an Einigkeit im Volke — an diesem Tage wenigstens soll er Wirklichkeit werden, soll Anrechnung, Beispiel, Same für die Zukunft werden.

Und wie das einfache Volk das Beste, Wahrheit ist, so hat diesen Gedanken von der bitter notwendigen Einigung Deutschlands keiner tiefer durchdracht und begriffen als der Mann, dessen Leben Einfachheit und Größe selbst ist: Hindenburg. Was schrieb ihm nicht die Bekanntheit seiner Politik entgegen, als er sich anordnete, auch dem zweiten Ruf seines Volkes nach dem Führer zu folgen! „Der alte Mann! Der nicht-als-Dobal! Keine Ahnung von Politik!“ Was tat der große Herrscher, der die Zeit seiner Jahre und seiner unermesslichen Geschichte so ruhig trägt? Aufgewachsen in dem Ehrgefühl der Dienstpflicht, nahm er auch die neue Amtswürde auf sich und gab seiner hohen Stellung die ruhige Größe seiner überragenden Persönlichkeit, so daß selbst die Berufsbewerber in den Entschiedenheiten verstummten mußten. Und wie er in seinen Schichten stets das für andere unerfindliche Einfache als das Richtige erkannte und tat, so sah dieser wahrhaft große Mann, dem sich die sogenannten Politiker weit überlegen dünkten, mit höherem Blick den schwersten Schaden in unserem Volk: Die unzeitige Zwietracht, die innerpolitische Zerissenheit, die unseren Gegnern stets die entscheidenden Trümpe in die Hände spielte. Seht Euch doch, Ihr, die Ihr Führer sein wollt, und Ihr, die Ihr Euch von ihm führen laßt, die Reden und Ansprachen Eures Reichspräsidenten von Hindenburg an: Was findet Ihr fast ausnahmslos wieder? Die ernste Anforderung zur Einigung immer wieder. Unermüdet hat dieser ehrwürdige Mann seine Wahrheit seinem Volke vor. Aber muß er nicht Jahre um Jahre erleben, daß dieses Volk in dieser Wahrheit seine Existenzbedingungen verkennt? Soll er mit diesem Wissen einmal von uns scheiden? Weil der furchtbare Ernst seiner Forderungen so einfach ist, daß ein von Parteigrenzen zerissen Deutschland ihn nicht begreift?

Als Hindenburg noch sein selbstaues Heer hinter sich wußte, da wußte er auch: „Alle diese vielen Millionen mir anvertrauter Söhne des deutschen Volkes kämpfen in der sicheren Ueberzeugung, daß ich in meinen Plänen das Richtige treffe.“ Die Toten, die ihm die Gegner schlugen, fielen in dieser Ueberzeugung. Seit Kriegsende, seit der inneren Verwirrung Deutschlands wurde Hindenburg, dem sein Volk mit der Blütern vor einer parlamentarischen Untersuchungsausschuss dankte, der Sprecher für die stumme Forderung der Gefallenen, die für Deutschlands Größe und Einigkeit, nicht aber für Deutschlands Erniedrigung und Selbstbeschränkung in den Tod gingen. Seitdem er den Präsidentenstuhl bekleidete und seine Stimme noch weiter reichte, verstaumte er keine Gelegenheiten, die innere Einigung als einzige Bedingung einer wahren Konsolidierung Deutschlands zu fordern. So wurde er der treue Verwalter des Landes unserer Gefallenen.

Der heutige Tag gilt der Vertiefung dieses Gedankens, der ein Erb und eine Forderung in sich schließt, eine Forderung freilich von solcher Bedeutung, daß ihre bloße verständnismäßige Erkenntnis jeden Deutschen zur Gefolgschaft auf dem geraden Weg seiner freien Väter zwingen muß, die frei waren, weil sie in Nationalbewußtsein einen Nationalhofs boten.

Die Vorschläge der Reichsregierung in Genf. Reichsaußenminister Stresemann erklärt den deutschen Standpunkt.

Genf. (Zuspruch.) Die heutige Ratssitzung, die wegen Verzögerung des sinesischen Delegierten Tschao erst um 11 Uhr begann, brachte die

Erledigung der oberösterreichischen Schulfrage.

Es handelt sich dabei, wie aus dem Bericht des sinesischen Ratmitgliedes Urruia hervorgeht, um eine Lösung, die lediglich eine einverständliche Regelung für die gegenwärtig umstrittene Frage der Schulzugehörigkeit bringen will und soll. Im Interesse der zurzeit des Unterrichts verhalten und der durch Zwangsmassnahmen betroffenen Eltern soll dadurch ein Weg geschaffen werden, um die sofortige Einschulung der Kinder derbeizulassen. Eine schnell funktionierende oberste Entscheidungsstelle soll für alle etwa noch vorliegenden Streitfälle geschaffen werden. Das bereits im wesentlichen bekannte Verfahren läuft darauf hinaus, Kinder mit deutscher und auch solche mit doppelter Sprache, soweit die Eltern das wünschen und die Möglichkeit zur Verfolgung des Unterrichts gegeben ist, Minderheitschulen zuzuführen. Die letzte Entscheidung liegt beim Präsidenten Calonder, der auf Kosten Polens durch einen sinesischen Pädagogen bei der Behandlung dieser Frage unterstützt wird.

Im Schlußwort betont der heute vom Rat genehmigte Bericht, daß es sich lediglich um eine Sondermaßnahme zur Regelung eines durch das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 nicht vorgesehene Falles handelt, daß aber das vorgeschlagene Verfahren in seiner Weise dahin angelegt werden dürfe, als umfasse es eine Abänderung der Bestimmungen dieser Konvention.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

in einer von ihm abgegebenen Erklärung hin. Er führte dabei etwa folgendes an: Die deutsche Regierung betrachtet den Vorschlag als einen Ausweg aus den Schwierigkeiten, die hinsichtlich der Minderheitschulen entstanden waren. Ich möchte nicht verstehen, den an dem Vorschlag beteiligten Ratmitgliedern für ihre Bemühungen zu danken. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß der Bericht, wie es insbesondere seine letzten Zeilen darthut, die Reichsfrage offen läßt.

Die Genfer Konvention über Oberösterreich bestimmt ohne Zweifel, daß die Erklärung der Eltern und Erziehungsberechtigten weder nachgeprüft noch angefochten werden dürfe. Es muß deshalb als rechtlich unabweisbar angesehen werden, daß sogar ein Kind mit ausschließlich polnischer Sprache zur deutschen Minderheitschule zugelassen werden kann, falls das von den Eltern oder Erziehungsberechtigten gewünscht wird. Dieser Grundsatz wird auch in Zukunft in vollem Umfange aufrechtzuerhalten werden.

Ich treue mich, darauf hinweisen zu können, daß die polnische Regierung in einer Note an die Freie Stadt Danzig vom 19. 6. 1921 wegen der dortigen polnischen Minderheitschule sich ebenfalls auf den Standpunkt gestellt hat, daß für den Besuch der Schule ausschließlich die geschriebene Erklärung der Erziehungsberechtigten genügt und daß die Schulbehörden kein Recht zur Nachprüfung dieser Erklärung haben. Wir befinden uns also mit den Polen auf dem gleichen Standpunkt. Was jetzt tatsächlich in Oberösterreich eingeführt werden soll, wird dieser Resolution nicht in allem gerecht. Wenn trotzdem die deutsche Regierung der vorgeschlagenen Lösung zustimmt, so nur deswegen, weil es sich um die Abwicklung eines Notfalles, der nicht vorhergesehen werden konnte, handelt. Eine Möglichkeit, die Reichsfrage für diesen Fall bereits zum Ausdruck zu bringen, bestand nicht, da sonst die betroffenen Schüler noch monatelang ohne Schulunterricht hätten bleiben müssen. Die deutsche Regierung hätte ihre Zustimmung nicht erteilen können, wenn sich die Regelung auch auf künftige Streitfälle bezogen hätte. Ich begrüße deswegen die Schlußklärung des Berichterstatters, der wir zustimmen. Sollte ein gleichzeitiger Streitfall später wieder aufgeworfen werden, so müßten wir die Reichsfrage zur Entscheidung bringen. Das polnische Ratmitglied Jalcoki dankte ebenso den an dem vorliegenden Vorschlag beteiligten Ratmitgliedern, stimmte dem Vorschlag zu und erklärte, daß Polen sich niemals den Bestimmungen der Genfer Konvention widersetzt hätte. Es habe sich aber in der Konvention nicht gesehen, Minderheiten bei der Anwendung dieser Bestimmungen zu begünstigen. Er bezog sich dann auf eine Sitzung des polnischen Landtages vom 9. 6. 1923, bei der der polnische Ministerpräsident Bran im Zusammenhang mit einem praktisch ähnlich gelagerten Fall in Schleswig-Holstein einen Standpunkt eingenommen habe, wie ihn heute Polen einnehme. Der Reichsaußenminister greift in seiner Replik diese Bezugnahme als Beweis für die Fortschrittlichkeit der deutsch-polnischen Deutung auf, da es noch vor kurzem ziemlich unwahrscheinlich gewesen wäre, daß Polen sich auf Voreben als Beispiel berufen hätte. Der Reichsaußenminister sagte dieser unter allgemeiner Beifall anfangenommenen Bemerkung nochmals mit Nachdruck hinzu, daß das durch die Genfer Konvention geschaffene internationale Recht von beiden Parteien anerkannt wird und daß es sich nur darum gehandelt habe, ob in diesem speziellen vorliegenden Fall ohne Rücksicht auf die unerwähnten pädagogischen Resultate dem Wunsch gefolgt werden soll. Die

zur Abstimmung stehende Lösung lasse die geschlossene Resolution, die bisher von keiner Seite bestritten worden ist, unverändert bestehen.

Nach einigen Worten des Dankes, wobei er insbesondere auch die wichtige Rolle des Vaters der Minderheitschulen, des Grafen von Scialoja hervorhob, wurde dann der Bericht einstimmig angenommen.

Anschließend begann der Rat mit der Frage der Einigung des Bahnschusses im Saargebiet, wobei zunächst Scialoja seinen Bericht verlas, der jedoch, wie erwartet, keinen Entschlusseinstimmung enthält.

Nach ihm begründete der Präsident der Saarregierungs-Kommission Stephens den bekannten Kompromißvorschlag und hebt in wirksamer Weise die Gründe hervor, die die Annahme dieses Kompromisses empfehlen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

verlas nach den Ausführungen von Stephens eine sorgfältig formulierte Erklärung, die darin gipfelte, dem Völkerbund die Annahme verschiedener Zusätze zu den vorliegenden von Scialoja begründeten und von Stephens erörterten Vorschlägen nahezu legen. Es handelt sich um folgende vier Punkte:

1. Abzug der Truppen zu einem festen, in Genf bestimmten Termin.
2. Verabreichung der Zahl der Bahnschutruppen auf ein vernünftiges Maß von einigen hundert Mann.
3. Festlegung des internationalen Charakters der zu schaffenden Sonderformation.
4. Festlegung der Bestimmungen, daß die Bahnschutztruppe nur unter außerordentlichen Umständen Verwendung gegenüber der Bevölkerung erhält.

Der Reichsaußenminister begründete diese Erfordernisse in wirksamer Form damit, daß die Schaffung einer besonderen Bahnschutztruppe im Vertrag nicht vorgesehen sei und deshalb gegenüber ihrer Schaffung ein Rechtsvorbehalt zu machen sei. Die deutsche Regierung würde jedoch diese Frage nicht zum Anlaß nehmen, um prinzipielle Grundzüge zum Austrag bringen zu lassen und sich mit dem Kompromiß abfinden, wenn den vorerwähnten Forderungen Rechnung getragen werden könnte.

Der Reichsaußenminister, der sich gegen jede Vertagung der Frage ausgesprochen hatte, richtete in seinem Epilog, das den deutschen Standpunkt zu den einzelnen Fragen des näheren begründete, an den Völkerbundrat die Bitte, den Bericht und seine Einwände vielleicht im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Regierungskommission zu prüfen und festzustellen, ob alle diese Fragen hinreichend geklärt sind, ob nicht vielmehr ein Mißverhältnis zwischen der vorgeschlagenen Zahl der Schutztruppe und dem von Scialoja selbst unterzeichneten Verhältnis nach Erleichterung der Bedingungen bestehe.

Dr. Stresemann wies dann weiter auf die scharfe Unterzeichnung hin, die der Versailler Vertrag selbst für besetztes Gebiet, das einer internationalen Behörde unterstehe, und für das Saargebiet, das dem Völkerbund mit seinen Mitgliedern unterstehe, macht: „Der Völkerbund besteht aus Nationen, die nicht nur unsere ehemaligen Kriegsgegner umfassen“. Er wolle jedoch keinen fixierten Antrag stellen, wie auch der Bericht Scialojas das nicht getan habe, während der Präsident der Regierungskommission lediglich die Prüfung des Vorschlags empfohlen habe.

Er schloß deshalb als Dispositionsbasis die oben erwähnten vier Punkte vor, die er dieses Mal im Gegensatz zu seinen früheren in deutscher Sprache formuliert verlas und schloß mit dem Hinweis darauf, daß er sich auch bei diesem Vorschlag in einer schwierigen Situation befinde und keinen Inkraftsetzung seiner Regierung, sondern nur seinem Gewissen folge, ebenso wie das in der oberösterreichischen Schulfrage geschehen sei, denn ihm seien praktische Lösungen wichtiger als theoretische Bedenken, wie er sie im gegenwärtigen Fall gegenüber der Schaffung des Bahnschusses selbst, für den der Versailler Vertrag keine Rechtsbasis abgibt, zurückgestellt habe.

Er appellierte dann an das allgemeine Interesse, das für die Schaffung einer Grundlage zu einer einmütigen Erklärung des Rats bestehe.

Die Fortsetzung der Verhandlungen wurde nach der Ueberzeugung der Ausführungen des Reichsaußenministers in die englische und französische Sprache auf heute nachmittags 10 Uhr vertagt.